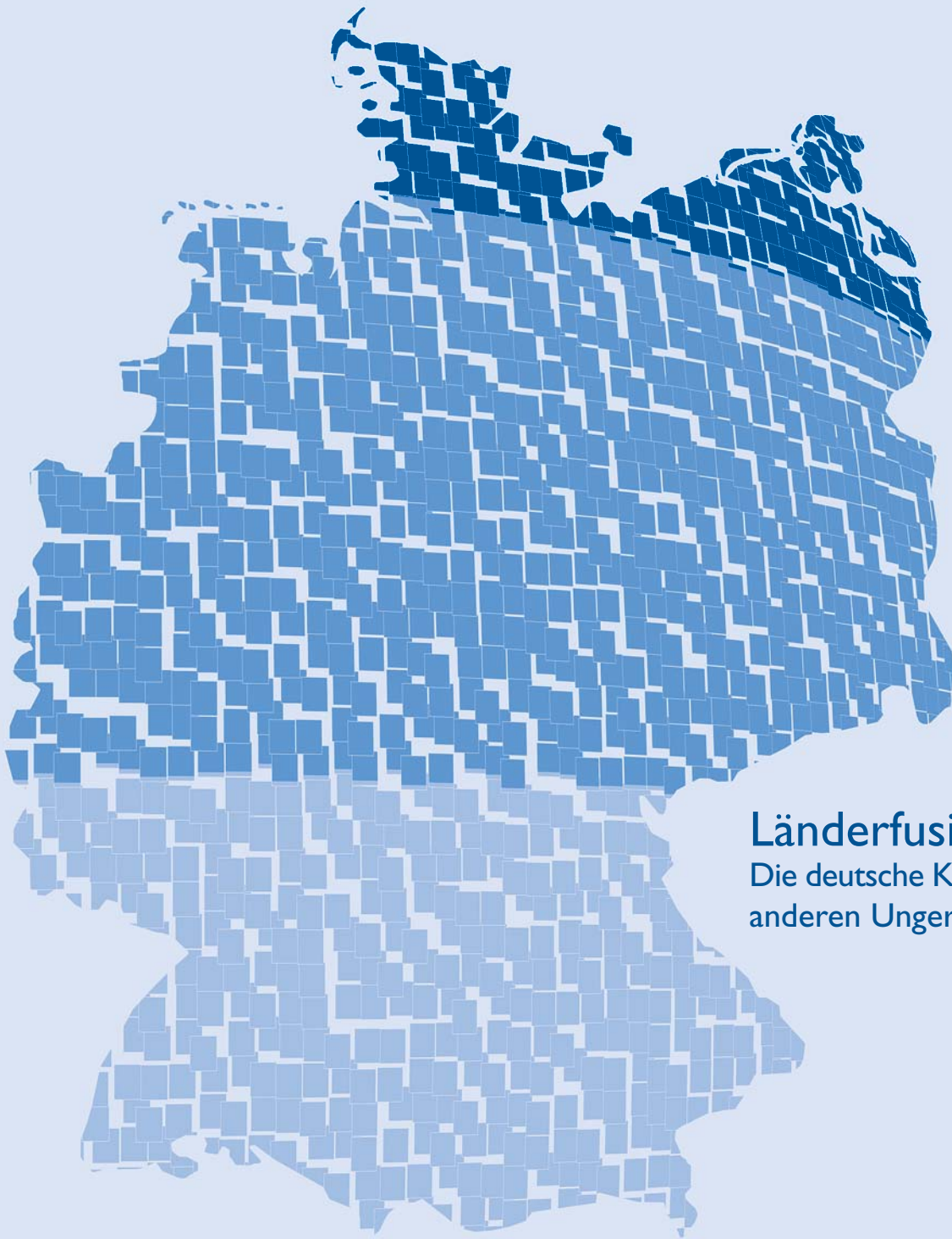




THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
04 | 2007 JAHRGANG 5



Länderfusion Die deutsche Kleinstaaterei und anderen Ungerechtigkeiten



Zukunftsmodelle in der Praxis: Uwe Barth MdB bei der Cross Match Technologies GmbH



Der Ruf nach alternativen Energiequellen wird lauter: Windenergie – ein nüchterner Blick



Online-Präsenz: Die Internetplattform fdp-thueringen.de steigert erneut Zugriffsrate



Extremisten in der Demokratie

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Parteifreunde,

stellen Sie sich vor, rechtsextremistische Gewalttäter lösen sich in Scharen von einer Demonstration, gehen aggressiv, Steine werfend auf die Polizisten los und beherrschen stundenlang im brutalen Gewaltexzess eine Innenstadt. Oder: Islamistische Fundamentalisten stürmen in einem deutschen Ort verummumt und gewalttätig auf Feuerwehrfahrzeuge ein, setzen parkende Autos in Brand oder randalieren über Stunden im Stadtzentrum. Es war dann doch der so genannte „Schwarze Block“ linksextremistischer Autonome, der in Rostock seiner Zerstörungswut freien Lauf ließ.

Ob der Aufschrei und die Abscheu in Deutschland bei den ersten Beispielen größer gewesen wären? Womöglich. Dennoch zeigt sich, dass die Handlungsweisen extremistischer Gewalttäter gleichfalls Abscheu und Widerstand der demokratischen Mitte hervorrufen – hervorrufen müssen. Genau

dies hatte wenige Wochen vor dem G8-Gipfel der FDP-Landesparteitag beschlossen. Aus dem Landesfachausschuss Innen lag unter der Federführung von Herbert von Schlotheim-Reinbrecht den Delegierten ein – ja, man kann es so nennen – Grundlagenpapier zum Extremismusverständnis der FDP Thüringen vor. Vereinfachend lautet der Grundgedanke des Beschlusses: In der Bekämpfung des Rechtsextremismus kann es ebenso keine Koalition mit Linksextremisten geben wie umgekehrt.

Das klingt selbstverständlich, ist es aber nicht. Wie oft finden sich in Aufrufen zu „Demonos gegen Rechts“ auch zumindest sehr fragwürdige link(sextrem)e Organisationen? Wie oft heben selbst Landtagsabgeordnete das Engagement „aller Antifaschisten“ hervor? „Verherrlichung eines Führerstaates oder der Herrschaft einer ‚Herrenrasse‘ genauso wie die Verherrlichung des Stalinis-



Foto: Axel Heyder

mus und seiner Verbrechen, der Diktatur des Proletariats, Klassenkampf von unten oder von oben, Diskriminierung von Frauen oder Minderheiten – seien es jüdische Mitbürger, Sinti und Roma, Moslems, Freimaure; Homosexuelle, Junker oder Ausländer – sind mit dem Programm und der Mitgliedschaft in der FDP unvereinbar“, so der erste Satz des Extremismusbeschlusses der FDP Thüringen. Auch das klingt banal.

In der praktischen Auseinandersetzung mit „links“ oder „rechts“ aber ist genaue Abgrenzung gefragt. Das unterscheidet oftmals die FDP von zahlreichen Gutmenschen inner- und außerhalb der Politik.

Ihr

Patrick Kurth
Redaktionsleiter Thüringen Liberal

Landesfachausschüsse

Bildung ist alles – und alles ist nichts ohne Bildung

Bildungspolitik, der Einsatz für eine höhere Qualität der Ausbildung, Hochschule oder Forschung gehört zu den Kernelementen liberaler Politik. Bildung ist Sache der Länder und damit unmittelbare Landespolitik – vor allem auch für die FDP Thüringen. Beraten, diskutiert und erörtert wird die Programmatik der Thüringer Liberalen im Landesfachausschuss Bildung, Hochschule, Kultur und Kunst. Geleitet wird dieser Ausschuss von Jürgen Ehrlich vom FDP-Kreisverband Gotha (Foto rechts). Dabei ist der Berufsschullehrer insbesondere bestrebt, den Ausschuss regelmäßig tagen zu lassen, um sowohl aktuelle wie auch grundsätzliche programmatische Themen zu besprechen.

Intensiv beraten hat der Ausschuss die Einträge im Liberalen Lexikon. Dort müssen die bildungspolitischen Ansichten der FDP konkret und deutlich wiedergegeben werden. Andererseits ist Lesbarkeit, Kürze und

Prägnanz für das Lexikon erforderlich. Dies erfordert konzentriertes Arbeiten. Dem Parteitag in Gera legte der Ausschuss einen besonderen Antrag vor, der von den Delegierten beschlossen wurde: „Bildungspolitische Grundsätze der Thüringer FDP“. Damit fasste die FDP Thüringen auf Vorarbeit des Ausschusses seine Bildungspolitik zusammen.



So müsse Bildung als ganzheitlicher Prozess gesehen werden, in dem der Staat sich darauf beschränken sollte, einen entsprechenden Ordnungsrahmen zu schaffen. Ziel muss sowohl ein möglichst hohes Bildungsniveau breiter Schichten unserer Bevölkerung als auch die Herausbildung einer hoch befähigten geistigen Elite sein. Den verschiedenen Bildungseinrichtungen und Bildungsträgern sei weitgehende Autonomie zu gewähren, damit sich auch im Bildungswesen auf der Grundlage eines breit gefächerten Bildungsangebots der Wettbewerb stärker entfalten kann.

In den kommenden Sitzungen stehen Themen wie Hochschulpolitik, Universitätsfusionen, Umstrukturierung des Schulalltags oder lebenslanges Lernen auf der Tagesordnung. Das verspricht einerseits Arbeit, andererseits aber auch spannende Gespräche. Beteiligen auch Sie sich! red

Zukunftsmodell in der Praxis

Uwe Barth MdB zu Besuch bei der Cross Match Technologies GmbH in Jena

Fingerabdruck im Pass, DNA-Speicherung bei der Polizei, Online-Durchsuchung privater Computer oder Videoüberwachung mit Gesichtserkennung – die Einschränkung der Bürgerrechte wird größer. Damit wird auch dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerungen Rechnung getragen, sagen die einen. Das Unsicherheitsgefühl wird aus interessierter Seite stark forciert, sagen die anderen.

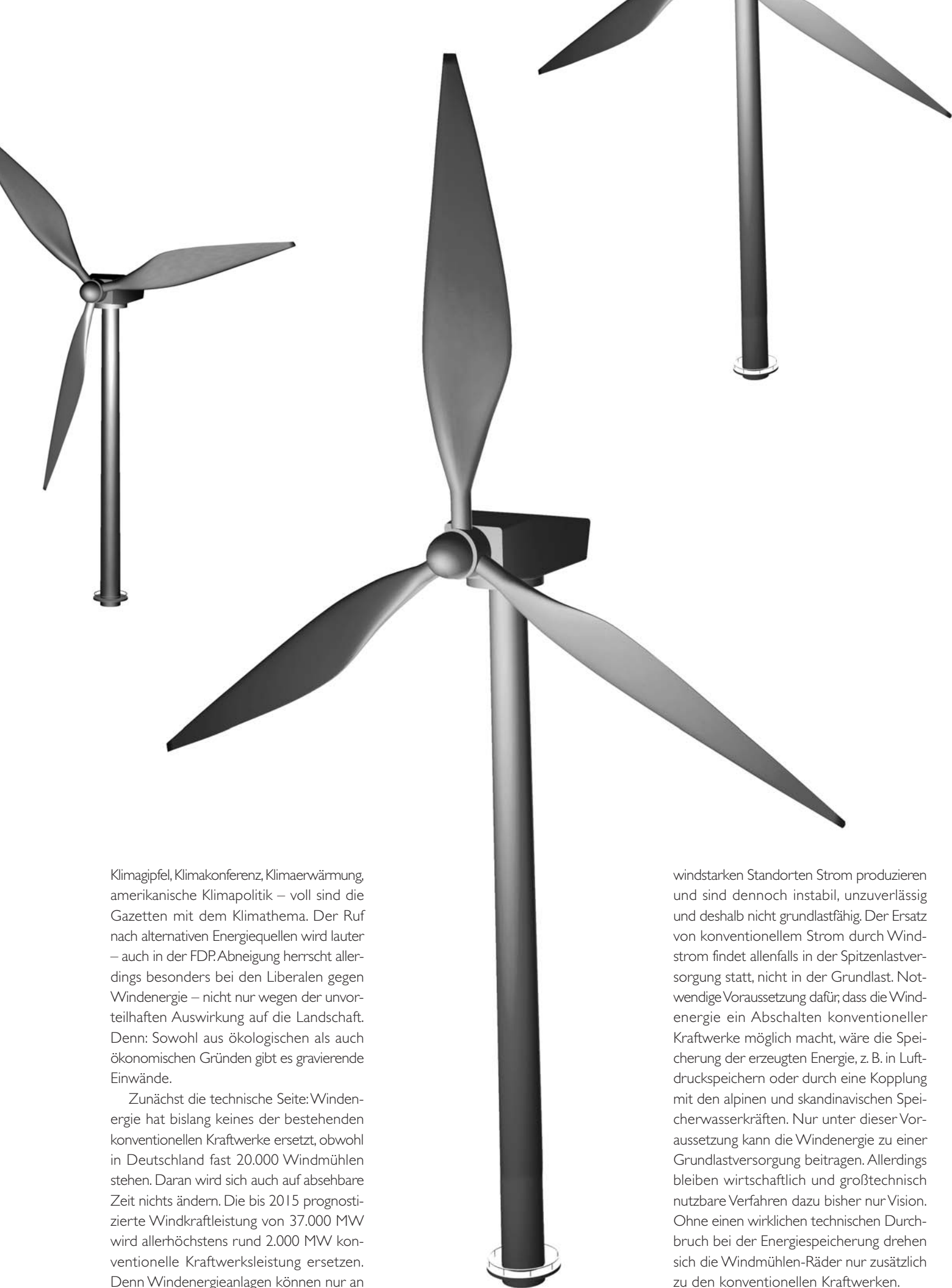
FDP-Landeschef Uwe Barth MdB machte sich ein Bild direkt bei einer Firma, die Überwachungssysteme entwickelt. Das Unternehmen bot ein praktisches Beispiel für die Forderungen der FDP Thüringen. „Hier zeigt sich deutlich, dass die Verbindung von mittelständischer Wirtschaft mit Forschung und Wissenschaft das Zukunftsmodell mit immensen Potentialen ist“, so Barth während des Besuchs bei der Cross Match Technologies GmbH in Jena. Crossmatch ist der

„weltweit führende Anbieter von qualitativ hochwertigen interoperablen biometrischen ID Anwendungen und Lösungen“, erklärte Managing Director Gerhart Ernst. Übersetzt bedeutet dies: Die Firma entwickelt, produziert und vertreibt Geräte wie Finger- und Handabdruckscanner, Ausweisleser und Zugangskontrollsysteme oder Gesichtserkennungssysteme. Barth machte während des Rundganges deutlich, dass er die fortschreitende Überwachung des öffentlichen Lebens kritisch sehe. Die Verantwortung dafür liege allerdings in der Politik und nicht bei Firmen, die dieses Marktsegment bedienen. Auch wolle Barth sich ein Bild direkt vor Ort machen, um einen besseren Eindruck in das sensible Thema zu erhalten.

Beeindruckt zeigte sich Barth von der Aufstellung des Unternehmens. Von der Idee, über die Entwicklung bis hin zur Pro-

duktion und dem Verkauf laufe alles in der Firma vor Ort. Dazu sei die intensive Verbindung von Mittelstand und Forschung notwendig. „Wir arbeiten sehr eng mit der Universität hier in Jena zusammen“, bestätigte Ernst. 138 der 140 Mitarbeiter stammen aus Jena und Umgebung. Zwei Drittel der Belegschaft sind Hochschulabsolventen.

Uwe Barth sah mit der Firmenpräsentation die Forderung der FDP Thüringen bestätigt, die mittelständische Wirtschaft mit Forschung und Wissenschaft eng zu vernetzen. „Es werden künftig die Regionen eine Spitzenposition einnehmen, die es schaffen, Wirtschaft und Forschung miteinander zu verbinden. Nicht nur die Firma Cross Match Technologies und das Beispiel Jena insgesamt zeigen dies. Thüringen insgesamt hat gute Chancen und Potentiale, aber er auch großen Aufholbedarf“, so Barth. red



Klimagipfel, Klimakonferenz, Klimaerwärmung, amerikanische Klimapolitik – voll sind die Gazetten mit dem Klimathema. Der Ruf nach alternativen Energiequellen wird lauter – auch in der FDP. Abneigung herrscht allerdings besonders bei den Liberalen gegen Windenergie – nicht nur wegen der unvorteilhaften Auswirkung auf die Landschaft. Denn: Sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Gründen gibt es gravierende Einwände.

Zunächst die technische Seite: Windenergie hat bislang keines der bestehenden konventionellen Kraftwerke ersetzt, obwohl in Deutschland fast 20.000 Windmühlen stehen. Daran wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern. Die bis 2015 prognostizierte Windkraftleistung von 37.000 MW wird allerhöchstens rund 2.000 MW konventionelle Kraftwerksleistung ersetzen. Denn Windenergieanlagen können nur an

windstarken Standorten Strom produzieren und sind dennoch instabil, unzuverlässig und deshalb nicht grundlastfähig. Der Ersatz von konventionellem Strom durch Windstrom findet allenfalls in der Spitzenlastversorgung statt, nicht in der Grundlast. Notwendige Voraussetzung dafür, dass die Windenergie ein Abschalten konventioneller Kraftwerke möglich macht, wäre die Speicherung der erzeugten Energie, z. B. in Luftdruckspeichern oder durch eine Kopplung mit den alpinen und skandinavischen Speicherwasserkräften. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Windenergie zu einer Grundlastversorgung beitragen. Allerdings bleiben wirtschaftlich und großtechnisch nutzbare Verfahren dazu bisher nur Vision. Ohne einen wirklichen technischen Durchbruch bei der Energiespeicherung drehen sich die Windmühlen-Räder nur zusätzlich zu den konventionellen Kraftwerken.



Alternative Energien

Windenergie – Ein nüchterner Blick

Auch die ökologische Seite ist fraglich: Denn die Windenergie hilft im gegenwärtigen System nicht, Treibhausgasemissionen zu verringern. Der Grund ist die sinnlose Doppelregelung im Emissionshandel: Wenn durch Windkraft weniger CO₂ bei der Stromerzeugung emittiert wird, sorgt der Emissionshandel dafür, dass die vermiedenen Emissionen an anderer Stelle stattfinden. Eine dem Emissionshandel zusätzlich aufgepfropfte Förderung erneuerbarer Energien ist ökologisch wirkungslos, das dafür aufgewendete Geld verschwendet.

Die im gegenwärtigen System ökologisch völlig wirkungslose Förderung der Windenergie ist gleichwohl ein äußerst kostspieliges Vergnügen: Der Unterschied zum Preis für Strom, der zum Beispiel aus Kernenergie oder Kohle gewonnen wird, ist immens: Bis 2016 wird er in der Summe auf mehr als 4 Milliarden Euro steigen – pro Jahr:

Bereits heute überweist manches Unternehmen pro Arbeitsplatz mehr an EEG-Umlage (Erneuerbare Energien Gesetz) als ein volles Monatsgehalt pro Beschäftigtem. Selbst kleinere Unternehmen sparen sich – wegen der EEG-Kosten – einen Ausbildungsplatz. Für stromintensive Unternehmen kann der Aufpreis auf die Stromrechnung schnell Millionenhöhe erreichen. Diese Kosten werden weiter steigen. Nicht zu vernachlässigen sind die Kosten durch Verluste von Landschaftsbildern, beim Natur-, Arten- und Tierschutz sowie bei der Sicherheit von Verkehrswegen, auch auf Hoher See.

Übrigens: An Land gibt es für die Windenergienutzung in Deutschland kaum noch sinnvolle zusätzliche Standorte, es sei denn, man errichtet Windrad-Anlagen, deren Höhe die 100-Meter-Marke wesentlich übersteigt. In diesem Fall werfen allerdings die Windflügel bei tief stehender Sonne beweg-

te Schatten, die mehrere Kilometer lang sind und Hell-Dunkel-Wechseleffekte bewirken, die bis in Brut- oder auch Wohnräume hinein reichen können.

Eine ernsthafte Perspektiven eröffnet demgegenüber das so genannte Repowering, also das Ersetzen kleiner, vergleichsweise leistungsschwacher Anlagen durch leistungstärkere größere. Eine moderne Großanlage kann mehr als 20 alte Windräder ersetzen. Allerdings gibt das EEG dazu derzeit kaum Anreize. Beim Offshore-Wind wurden hohe Erwartungen geweckt. Tatsächlich sind entscheidende technische Fragen dieser Vision noch weitgehend offen. In den Werkshallen werden gigantische Windräder gefertigt, deren Gondeln bis zu 440 Tonnen wiegen, allein jedes der drei Rotorblätter rund 20 Tonnen. Das ist „Extrem-Maschinenbau“ für Neuland, dessen Technik erst erprobt sein will. *FDP-Bundestagsfraktion/red*

Länderfusion

Von der deutschen Kleinstaaterei und anderen Ungerechtigkeiten

Forderungen nach einer Länderneugliederung haben in Deutschland Tradition. Die Erfahrungen der Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert sowie die Dominanz Preußens im Zweiten Deutschen Reich lehrten, dass zu einem funktionierenden föderalen System ausgewogene Verwaltungseinheiten gehören, die wirtschaftlich eigenständig handeln können. Artikel 29 des Grundgesetzes hat bis in die 70er Jahre ausdrücklich eine Länderneugliederung gefordert. Er wurde geändert und erheblich abgeschwächt, dennoch hebt der Artikel ausdrücklich die Möglichkeit einer Länderneuregelung hervor, welche durch ein Bundesgesetz mit anschließendem Volksentscheid beschlossen werden könnte. Woran scheitern also die gerade von der Thüringer FDP seit Jahren geforderten Reformen?

Die Neugliederung wurde bisher offenbar zum Zweck der Besitzstandswahrung verhindert, da keine Länderregierung auf ihre Machtstellung und Souveränität verzichten will. Im Bewusstsein, dass die teilweise bunt zusammengewürfelten Besatzungszonen Nachkriegsdeutschlands keine Endgültigkeit darstellen konnten, hatten die „Väter“ des Grundgesetzes einen Auftrag für die Neugliederung des Bundesgebietes festgeschrieben. Eingehalten wurde dieser Auftrag bis heute nicht. Zunächst standen die fehlenden Souveränitätsrechte und die Teilung Deutschlands im Weg, später wurden tagespolitische Ereignisse vorgeschoben. All jene, die sich damit nicht zufrieden geben wollten, wurden auf den Sanktimmerleinstag der Wiedervereinigung vertröstet.

Als 1989 schließlich die Mauer fiel, begrub sie unter tagespolitischer Euphorie die einmalige Chance einer zukunftssträchtigen Raumordnung. Statt wenige, aber auf lange

Sicht lebensfähige Gebietseinheiten zu schaffen, wurden „fünf neue Länder“ gebildet, die von Anfang an die Chancen verringerten, die erhebliche Abhängigkeit vom Bund zu überwinden. Der frühere österreichische Staatskanzler im Deutschen Bund, Metternich, hätte an diesem kleinstaatlichen Besitzdenken wohl seine Freude gehabt. Zwar sitzen schon längst keine Fürsten mehr in den Sesseln, aber auch die neuen Territorialherren haben sich schnell mit Erfolg eingerichtet. Kleinstaaterei hat schließlich Tradition in Deutschland. Um sich auch zukünftig vor der Entscheidung drücken zu können,



wurde Artikel 29 der alten Verfassung, der die Neugliederung des Bundesgebietes als bindenden Verfassungsauftrag vorschrieb, entschärft. Das bisherige Gebot, „Das (...) unter der Berücksichtigung der landsmannschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesge-

setz neu zu gliedern“, wurde in eine Kann-Bestimmung verwandelt und nahm die Politik aus der Verantwortung.

Doch mit der Umgehung des ursprünglichen Verfassungsauftrages wurden die Probleme lediglich zur Seite geschoben, ohne dass diese gelöst waren. Eigentlich sollte laut Grundgesetz „die Neugliederung (...) Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.“ Anforderungen also, denen das bisherige Ordnungsgefüge offensichtlich nicht entspricht. Die Ungleichgewichte werden bei einem Vergleich der Einwohner- und Flächenzahlen schnell augenfällig. So stehen 17 Millionen

Einwohnern in Nordrhein-Westfalen – das für sich genommen fünftgrößte Land der Europäischen Union – nur weniger als 2 Millionen in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber. Das Saarland ist dreißigmal kleiner als Bayern und entspricht etwa der Größe des Landkreises Stendal in Sachsen-Anhalt, von der Sinnhaftigkeit eines Stadtstaates wie Bremen einmal ganz abgesehen.

Von den derzeit 16 Bundesländern verfügen nur fünf (Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg) über eine ausreichende Bevölkerungszahl, um fünf Stimmen im Bundesrat zu erhalten. Vergleicht man die Repräsentation der Bevölkerung im Bundesrat, wird das mangelnde Gleichgewicht deutlich: Nordrhein-Westfalen einerseits und die „fünf neuen Länder“ vertreten etwa die gleiche Anzahl von Einwohnern. Nordrhein-Westfalen verfügt aber nur über 5, die „fünf neuen Länder“ dagegen über zusammen 23 Stimmen. Von einer gerechten Stimmverteilung kann da wohl nicht gesprochen werden. *Karsten Weder, Erfurt*

Online-Präsenz

fdp-thueringen.de steigert erneut Zugriffsrate

Die Internetpräsenz der Thüringer Liberalen verzeichnet erhebliche Zugriffsraten und hat sich zu einem außerordentlichen Informationsportal über die FDP Thüringen entwickelt. Die Nutzungsraten haben sich zum Teil erheblich gesteigert. Griffen 2002 auf die Homepage der Landespartei täglich um die 20 bis 30 Nutzer zu, sind die täglichen Zugriffsraten mittlerweile auf um die 200 angestiegen. Auf die Seiten der Landespartei und der Kreisverbände zusammen gehen täglich zwischen 400 und 500 Internetnutzer.

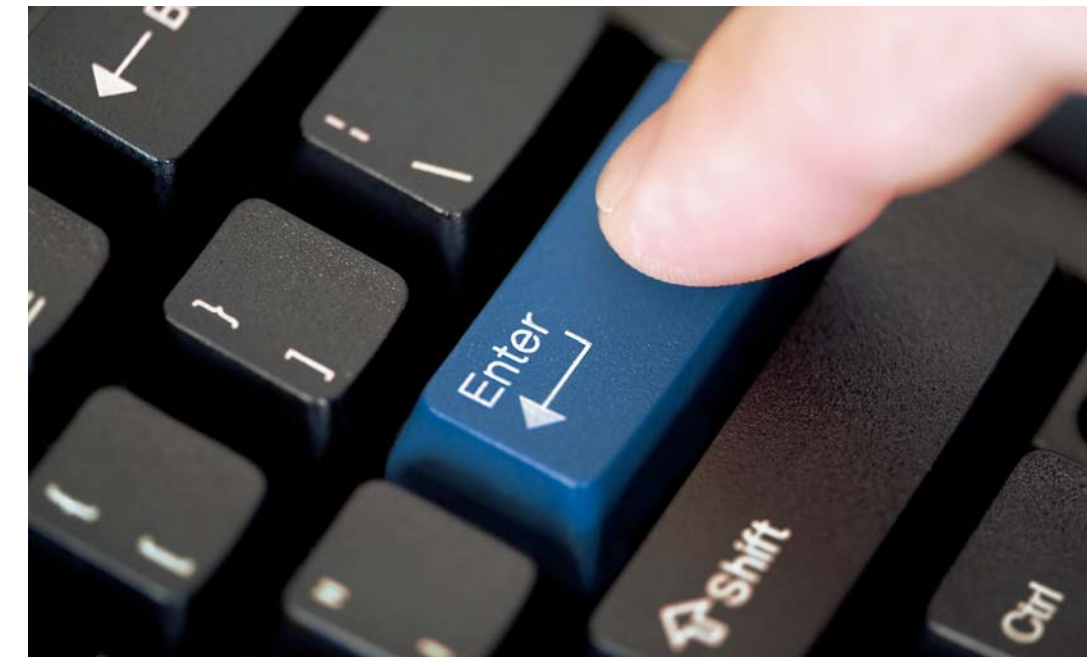
Sehr deutlich wird die gesteigerte Attraktivität der FDP-Seiten im Monats- und Jahresvergleich. Griffen im Mai 2005 noch 1.452 Nutzer auf www.fdp-thueringen.de zu, waren es im Mai 2006 bereits 3.453 Zugriffe. Im Mai dieses Jahres verzeichnete unsere Seite 7.135 Besucher. Während im Jahr 2005 insgesamt knapp 26.000 Nutzer die Homepage aufsuchten, waren es 2006 fast 42.000 Nutzer. Bis Anfang Juni 2007 verzeichnete die FDP-Seite immerhin über 29.000 Besucher.

Noch eindrucksvoller stellen sich die Zahlen bei den sogenannten Pageviews dar. Gemeint sind die einzelnen Seitenaufrufe innerhalb der www.fdp-thueringen.de: 2005 – dem Jahr der Bundestagswahl – wurden

einzelne Seiten der Thüringer FDP 48.759 mal angeklickt. 2006 waren es 146.341! Eine Steigerung um 300 Prozent! 2007 wurden die Seiten des Landesverbandes bis Anfang Juni 83.000 mal angeklickt.

Die Thüringer FDP führt den großen Zuwachs nicht nur auf das gestiegene Interesse an liberaler Politik zurück. Insbesondere

ist die gesteigerte Nutzerfreundlichkeit, vor allem aber auch die Aktualität sowie das verbreiterte Online-Angebot, wie z.B. das Liberale Lexikon, für die Attraktivität der Landesverbandsseite verantwortlich. Dies soll weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch die verstärkte Nutzung des Forums für die Online-Antragsberatung. *red*



Gesellschaftskitt

Ehrenamt und Preise

Gemeinhin bekannt ist die allgemeine politische Forderung nach mehr Würdigung der Bedeutung des Ehrenamtes als Kitt der Gesellschaft. Konkret gehandelt wird beim JuLi-Kreisverband Jena. Schon (und immerhin) zum dritten Mal loben die Jungen Liberalen den „Grete Unrein“-Preis für das besondere ehrenamtliche Engagement im Jugendbereich aus.

Benannt ist der Preis nach der liberalen Politikerin der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit, die vor allem auf dem Gebiet der Sozialfürsorge tätig war. Sie war die älteste Tochter von Ernst Abbe und zählte zu den ersten Mitgliedern der neu gegrün-

deten Liberaldemokratischen Partei. Von den Jungen Liberalen werden ehrenamtliche Projekte von Einzelpersonen und Gruppen geehrt, die folgende Kriterien erfüllen:

01. Das Projekt wurde zwischen dem 01. Oktober 2006 und dem 30. September 2007 durchgeführt.

02. Das Projekt wurde in Jena oder in zugehörigen Ortsteilen bzw. von dort ansässigen Personen oder Vereinen durchgeführt.

03. Das Projekt wurde primär von Jugendlichen initiiert und durchgeführt und/ oder es kam primär Jugendlichen zugute.

04. Das Projekt war in Ansatz und Durchführung mit den Grundsätzen des freiheit-

lich-demokratischen Rechtsstaates vereinbar.

05. Das Projekt wurde nicht von einer politischen Partei oder den ihr zugeordneten Vorfelddorganisationen durchgeführt.

Nach Ende der Bewerbungsfrist am 30. September 2007 wird eine unabhängige Jury im Oktober über die Vergabe der Preise entscheiden. Am 17. November überreichen die JuLis in Form von Barschecks (darunter ein Erster Preis à 500 Euro und zwei Zweite Preise à 100 Euro) im Rahmen einer öffentlichen Festveranstaltung die Auszeichnung. Mehr zum Grete-Unrein-Preis erfahren Sie auf der Webseite der Jungen Liberalen Jenas unter www.julis-jena.de. *red/gkl*

JuLis sehen Globalisierung auch als Chance

Allein verteufeln hilft wenig

Zu ihrem immerhin 35. Landeskongress traten die Jungen Liberalen Thüringen (JuLis) Anfang Mai in Gotha zusammen. Insgesamt 21 Anträge und ein Leit Antrag waren zu beraten. Gleichzeitig blickten die JuLis auf ein spannendes Jahr zurück, in welchem auch außerhalb der Politik viel erreicht werden konnte. So unter anderem beim „Grete-Unrein-Preis“ der ehrenamtliches Engagement würdige und durch die Jenaer JuLis gestiftet werde.

Die spannenden Debatten verfolgten neben rund zwanzig Teilnehmern auch zahlreiche Gäste, so Thomas Kemmerich, Präsident des Liberalen Mittelstandsverbandes, und FDP-Landesvorsitzender Uwe Barth MdB wie auch Roy Conrad, Landesvorsitzender der JuLis Sachsen-Anhalt, und Christine Schulze-Grotkopp vom JuLi-Bundesvorstand. Der Leit Antrag „Thüringen fit machen für die Globalisierung“ wurde mit großer Mehrheit angenommen. Gerade die Überlegungen, welche die JuLis im Zusam-

menhang mit Senioren fassten, stießen auf Interesse bei den Gästen. Immerhin sei auch für eine Jugendorganisation das erfolgreiche Zusammenwirken der Generationen von großer Wichtigkeit. Ebenso wurde die Globalisierung als aktuelles Thema intensiv diskutiert. Letztlich waren sich die JuLis weitgehend darin einig, dass sie zahlreiche Chancen auch für die Menschen in Thüringen bietet. Wenn die Durchlässigkeit an Gütern, Fachkräften und Know-How zwischen den Ländern der Welt ansteige, führe dies eben zu einem Mehr an Wohlstand für alle Beteiligten. Dies sei eine gerechte und faire Entwicklung.

Vor allem liberale Werte des Rechtsstaats und der Bürgerrechte sollten in diesem Kontext nicht eingeschränkt werden und müssten vor Missbrauch durch einzelne Personen geschützt werden. In diesem Gemisch aus neuen Chancen, technischen Innovationen und viel neuer Konkurrenz müsse auch Thüringen beginnen, sein Potenzial zu nutzen

und sich für die Zukunft vorzubereiten. Es gebe viele aufgestaute Strukturanpassungen, die es aufzuarbeiten gelte. Die durch die Globalisierung aufgeworfenen Probleme allein zu verteufeln, helfe dabei wenig.

Zudem wurden die Delegierten zum JuLi-Bundeskongress gewählt. Patrick Brauckmann, Paul Gellner, Paul Heinecke, Gerhard Jahns und Berthold Hausteil sind die Vertreter der JuLis Thüringen. FDP-Landeschef Uwe Barth stand nach einem kurzen Grußwort für eine interessante Diskussion mit den liberalen Nachwuchspolitikern zur Verfügung. Es sei wichtig, den Meinungs austausch mit dem Jugendverband zu fördern, sagte der Bundestagsabgeordnete. Der JuLi-Landesvorsitzende Patrick Brauckmann befand den Kongress für sehr gelungen. „Wir sind gut für die Zukunft aufgestellt und brauchen uns als JuLis nicht zu verstecken.“ Für das kommende Jahr wollen sich die JuLis darauf konzentrieren, ihre Mitgliedschaft in den ländlichen Regionen zu verbreitern. JuLis

Programmarbeit in den Ausschüssen

Biokraftstoffe, Hochschulen, Ländlicher Raum

Forschung und Wirtschaft enger verzahnen, die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in Kammern, die Ablehnung eines Mindestlohnes oder die deutliche Abgrenzung des Liberalen Bürgergeldes zum Althaus-Bürgergeld – der Landesparteitag der Thüringer FDP in Gera war insbesondere von der politisch-programmatischen Profilschärfung der Landespartei geprägt.

Dennoch konnten die Delegierten unmöglich alle 51 Anträge aus den Kreisen, den Vorfeldorganisationen, den Landesfachausschüssen oder dem Landesvorstand behandeln. Verwiesen wurden die Anträge in den Landesparteirat mit dem Auftrag, diese dort zu behandeln beziehungsweise den

Landesfachausschüssen zuzuleiten. Bereits am 30. Mai beschloss der Parteirat die Anträge zur Ablehnung der Unternehmenssteuer und zur Werra-Versalzung.

In der gleichen Sitzung setzte sich der Landesparteirat intensiv mit der Stellung des Ehrenamtes in Thüringen auseinander. Ehrenamtliche Tätigkeit soll in Zukunft besser gewürdigt werden. Insbesondere die steuerliche Absetzbarkeit bei persönlichen Ausgaben für ehrenamtliche Tätigkeit oder auch Fragen des Versicherungsschutzes wurden diskutiert. Bis zur nächsten Landesparteiratssitzung werden unterschiedliche Anträge zum Ehrenamt zu einem Grundlagenpapier zusammengeführt und beraten.

Spannend werden die Diskussionen in den Landesfachausschüssen. Nach den Beratungen in den Ausschüssen werden die Anträge wieder dem Landesparteirat und gegebenenfalls dem Landesparteitag zugeleitet. Von der Umstrukturierung des Schullaltages oder der künftigen Thüringer Polizeistruktur über Bürgerinformation zu Umweltbelastungen bis hin zur Quotenanhebung der Verwendungspflicht von Biokraftstoff – auf die Landesfachausschüsse kommt viel, aber auch reizvolle Arbeit zu. Als Mitglied der Thüringer Liberalen sind Sie herzlich zur Mitarbeit eingeladen, setzen Sie sich dazu mit der Landesgeschäftsstelle per eMail (an.thueringen@fdp.de) in Verbindung. red

WOHIN DIE ANTRÄGE VOM LANDESPARTEITAG VERWIESEN WURDEN:

LFA I Bildung, Hochschule, Kultur und Kunst

Leiter: Jürgen Ehrlich, Gotha

LFA II Innen, Justiz, Bund und Europa

Herbert von Schlotheim-Reinbrecht, Jena

LFA III Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur

Jürgen Lange, Erfurt

LFA IV Gesundheit, Soziales, Gleichstellung und Familie

Jost Hofmann, Jena

LFA V Finanzen, Haushalt und Kommunales

Daniel Scheidel, Altenburg

Antrag Nr. 12

Umstrukturierung des Schullaltages (Franka Hitzing, KV Nordhausen) geht in LFA I

Antrag Nr. 14

Lebenslanges Lernen (KV Weimar) geht in LFA I

Antrag Nr. 15

Hochschulen (KV Weimar) geht in LFA I

Antrag Nr. 20

Förderung der kulturellen Bedeutung Thüringens (Herbert Freiherr von Schlotheim-Reinbrecht, Patrick Kurth, LFA Innen, Justiz, Bund, Europa) geht in LPR

Antrag Nr. 22

Zulassung von Vaterschaftstests (Herbert Freiherr von Schlotheim-Reinbrecht, LFA Innen, Justiz, Bund und Europa) geht in LPR

Antrag Nr. 26

Die künftige Polizeistruktur und Anzahl der Polizeidirektionen (KV Weimar) geht in LFA II

Antrag Nr. 27

Effizienz der eingesetzten öffentlichen Mittel (KV Greiz) geht in FF LVA V, MB LFA I, II

Antrag Nr. 32

Liberalisierung des Sportwettenmarktes (Uwe Barth, Patrick Kurth und Landesvorstand) geht in LFA III

Antrag Nr. 34

GEZ bei Pensionen und Hotels (Yvonne Probandt, Patrick Kurth und LFA Wirtschaft) geht in LPR

Antrag Nr. 34

Flughafen Erfurt (Patrick Brauckmann, Junge Liberale Thüringen) geht in LFA III

Antrag Nr. 39

Ablehnung der Unternehmenssteuerreform (Thomas L. Kemmerich [KV Erfurt], Liberaler Mittelstand Landesverband Thüringen e.V.) HEUTE

Antrag Nr. 40

Quotenanhebung der Verwendungspflicht von Biokraftstoffen (Dr. Stefan Feuerstein [stv. Kreisvorsitzender, KV Erfurt]) geht in LFA III

Antrag Nr. 41

Neue Ansätze zur Investorenwerbung im In- und Ausland für Thüringen (Dr. Stefan Feuerstein [stv. Kreisvorsitzender, KV Erfurt]) geht in LFA III

Antrag Nr. 42

Entlastung deutsche Spediteure zur LKW-Maut (Holger Joseph, Kreisvorstand Saale-Holzland-Kreis) geht in LFA III

Antrag Nr. 43

Optionsmodelle (Holger Joseph, Kreisvorstand Saale-Holzland-Kreis, Landesvorstand) geht in LFA III

Antrag Nr. 44

Offensive zur Stärkung der Wirtschaft – Mittelstandsförderung (Egidius Arens für KV Erfurt) geht in LFA III

Antrag Nr. 45

Tourismus (Kay Rösler, KV Saalfeld-Rudolstadt) geht in LFA III

Antrag Nr. 46

Wahlaustragung zur Thüringer Landtagswahl 2009 (Bernhard Hille [KV Schmalkalden-Meiningen])

Gründungsmitglied LDP/FDP) geht in LFA V -> BFA?

Antrag Nr. 51

Mehr Freiheit wagen - Zivilgesellschaft stärken (Uwe Barth, Lutz Recknagel und Landesvorstand) geht in LPR

Antrag Nr. 53

Ehrenamtliches Engagement verdient Anerkennung (Gisela Sparmberg [KV Erfurt], Liberale Frauen Thüringen) geht in LFA V

Antrag Nr. 60

Striktes Neuverschuldungsverbot im Landeshaushalt Thüringens, Reorganisation des Länderfinanzausgleichs (Thomas L. Kemmerich [KV Erfurt], Liberaler Mittelstand Landesverband Thüringen e.V.) geht in LPR

Antrag Nr. 71

Ländlicher Raum in Thüringen (Landesvorstand, FA Landwirtschaft/Forsten, Ländliche Räume, Umwelt) geht in LPR

Antrag Nr. 72

Klimawandel und Nutzung alternativer Energien (Heiko Sparmberg, KV Erfurt) geht in UA

Antrag Nr. 73

Bürgerinformation zum Umweltschutz und zu Umweltbelastungen (Heiko Sparmberg, KV Erfurt) geht in UA

Antrag Nr. 74

Stärkung der ländlichen Gemeinden (Heiko Sparmberg, KV Erfurt) geht in UA

Antrag Nr. 75

Verantwortung des Freistaates Thüringen anmahnen (KV Nordhausen) geht in UA

Antrag Nr. 80

FDP bleibt liberal (Patrick Brauckmann, Junge Liberale Thüringen) geht in LaVo

Antrag Nr. 81

Programmatische Strategie (Kay Rösler, Dr. Horst Gerber) geht in LaVo

Legende: LPR = Landesparteirat / LaVo = Landesvorstand / UA = Landwirtschaftsausschuss

Visionen und tägliches Machen 1991 - 2007

über 15 Jahre Erfahrung und Kompetenz

Groß- und Fachhandel

Gastronomiebedarf & Objektausstattung

Vom Geschirr bis zur Kaffeemaschine, vom Gläserpüler bis zu Terrassenmöbeln

Unser Kundenkreis umfasst:

Kliniken, Senioren- und Pflegeheime, Kantinen, Menüküchen und Hotellerie

Rai Ko Großhandel Raimund Kolbe e. Kfm.

Elsteraue 2 · 07586 Bad Köstritz

Tel. 036605 / 840 62 · Fax 840 68 · mail: info@raiko-gastro-handel.de

www.raiko-gastro-handel.de



nominiert für den
Großen Preis
des Mittelstandes

Kontakte pflegen

Das Sommerfest der Liberalen Familie in Jena

Zu einem geselligen Abend der Liberalen Familie in Thüringen lud Anfang Juni der Landesvorstand der FDP Thüringen. Neben den Kreisvorständen waren insbesondere die Vorstände der Vorfelddorganisationen, also der Liberalen Frauen, der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker, des Liberalen Mittelstandsverbandes und der Jungen Liberalen anwesend.

„Für uns muss der persönliche Kontakt zwischen den Verantwortungsträgern und den Mitgliedern unserer Liberalen Organi-

sationen in Thüringen eine größere Rolle spielen. Andererseits wollen wir verstärkt auch solche Veranstaltungen durchführen, die nicht den formalen Charakter wie Gremiensitzungen, Parteitage oder Vorstandstagen tragen“, so der Landeschef Uwe Barth MdB. Diese Idee fiel offensichtlich auf fruchtbaren Boden. Zum Grillfest im Grünen am Jenaer Fuchsturm trafen sich zahlreiche Liberale und verweilten dort bei Bratwurst und Bier bis zum herrlich „blau-gelben“ Sonnenuntergang. red



Neue Mitarbeiterin

In der Landesgeschäftsstelle der FDP Thüringen hat es eine personelle Veränderung gegeben. Neue Mitarbeiterin ist seit dem 1. Juni 2007 Frau Heike Blodig von Sternfeld. Sie ist als Assistentin der Geschäftsleitung für die gesamte interne Verwaltung der Landespartei, für die Buchhaltung, Organisation von Sitzungen und Veranstaltungen, die Mitgliedsverwaltung sowie für die Gesamtkor-

respondenz des Verbandes verantwortlich. Frau Blodig von Sternfeld ist in diesen Fragen die Hauptansprechpartnerin in der Landesgeschäftsstelle. Beruflich ist Frau Heike Blodig von Sternfeld, geboren am 3.12.1967 in Erfurt, Personalfachkauffrau. Bislang war sie beim Josef Keller-Verlag Erfurt als Assistentin der Geschäftsleitung und Personalverantwortliche tätig. Wir wünschen Frau von Sternfeld für ihr neues Aufgabengebiet viel Erfolg, Kreativität und insbesondere eine gute Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden und den Parteimitgliedern.



Neuer Kreischef

Thomas Kemmerich (42) ist seit Ende Mai neuer Kreischef der Erfurter FDP. Der bisherige Kreisvorsitzende Egidius Arens war Ende April zurückgetreten. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurden Doreen Ham-

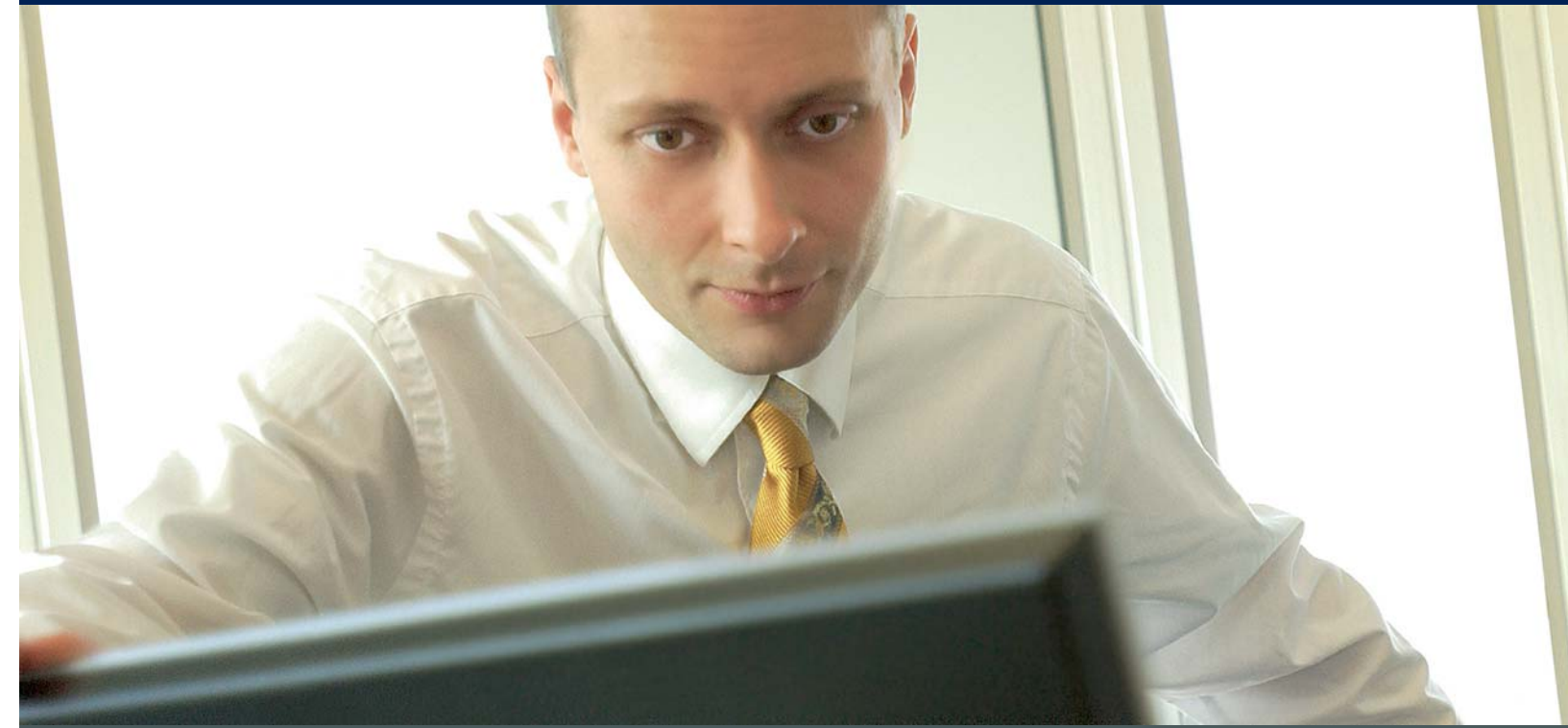
mer, Dr. Matthias Fertig, Jürgen Lange und Stephan Gail.

Neue Mitglieder

Wir begrüßen unter anderem Olaf Betzold, Doreen Hammer, Lars Krell, Tino Leßmann, Karsten-Sebastian Noa, Gudrun Quitt, Lydia Quitt, Claudia Raub und Schäler, Steffen sehr herzlich bei den Thüringer Liberalen.

Neues Lebensjahr

Sehr herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag an: Werner Gerloff (90 Jahre), Lothar Schulze (80 Jahre), Hannelore Hartmann (85), Heinrich Dirlam (80), Erich Bahner (70), Annelies Schulz (85), Lothar Vollmar (80), Fritz Jüngling (85), Helmut Perthel (70), Hubert Rockenberger (75), Siegmund Hildebrand (70), Dr. Martin Kniese (75).



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

KLIMAWANDELAUSSCHUSS IM EUROPAPARLAMENT GEGRÜNDET

Der Klimawandel beherrscht auch weiter die Nachrichten. Nachdem nun in Heiligendamm beim G8-Gipfel, wenn auch nur zögerlich, selbst die USA in Sachen Klimapolitik Einlenken signalisiert haben, nimmt Europa nun als Vorreiter besonders große Verantwortung auf sich.

Nach der deutschen Ratspräsidentschaft und Merkels Vorstoß, bis 2020 ganze 30 Prozent weniger CO₂-Emissionen in der EU durchzusetzen, wird die Europäische Kommission zügig daran gehen, konkrete Pläne für die EU 27 aufzustellen. Am 7. Juni hat das Europäische Parlament einen nicht ständigen Ausschuss zum Klimawandel (CLIM) gegründet. Aufgabe des CLIM-Ausschusses ist es, ein klimapolitisches Positionspapier für das Europaparlament zu erarbeiten, das die Ziele der Kommission konkretisieren und bewerten soll. Eines der 60 Ausschussmitglieder ist der Leipziger Holger Krahmer, der um seine Mitgliedschaft im Ausschuss gekämpft hat: „Auf

jeden Fall wollte ich sicher sein, dass nicht nur einäugige Umweltschutzbereitschaften im Ausschuss sitzen. Aber das haben wir super gelöst – im Ausschuss zum Klimawandel sitzt ein guter Querschnitt aus allen Fachbereichen. Eine wichtige hoffentlich beispielhafte Premiere: Erstmals beraten Industrie-, Energie-, Agrar-, Umwelt- und Industriepolitiker gemeinsam über Umweltpolitik. Das ist wichtig, weil wir Umweltschutz auf keinen Fall ohne Rücksicht auf den Wirtschaftsstandort Europa durchpauken dürfen.“

Seine Ausschusskollegen sind politische Schwergewichte: Alle Fraktionen haben erfahrene und oft keineswegs klimawandelgläubige Mitglieder entsendet. Das zeigt bereits, dass die apokalyptischen Klimawandel-Szenarien längst nicht mehr unkritisch akzeptiert werden. Während auf dem internationalen Parkett zähneknirschend hingenommen wird, was Klimaschützer proklamieren, wendet sich die Sachpolitik in Euro-

pa scheinbar endlich einer etwas nüchternen Betrachtung der Klimapolitik zu. Für den liberalen Umweltpolitiker Holger Krahmer aber kein Grund zur Entwarnung: „Die EU muss nun nach außen das Gesicht wahren, die viel zu ehrgeizigen Pläne der deutschen Ratspräsidentin zu verwirklichen versuchen, nach innen aber Wege finden, die für unsere Unternehmen und Bürger überhaupt zumutbar sind. Ich habe große Sorge, dass jetzt neue Abgaben und weitere unsinnige – weil im Ergebnis nicht effiziente – Maßnahmen auf uns zu kommen. Wenn es nach mir geht, dann heißt die Hauptinvestition Forschung. Denn alle heute bekannten klimaschonenden Energiequellen sind nicht wirtschaftlich, geschweige denn grundlastfähig. Deswegen aber Enthaltbarkeit zu fordern, kann doch auch nicht die Lösung sein!“

HOLGER KRAHMER . MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
KONTAKT: EUROPÄISCHES PARLAMENT . ASP 10G142 . 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL . TELEFON +32 2 28-45344 . TELEFAX +32 2 28-49344
HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU . HOLGER-KRAHMER.DE

Gezielt werben.

Ihre Werbung in der Thüringen Liberal landet nicht im Papierkorb, denn hier findet Sie hervorragenden Zugriff zu einem ausgezeichneten Leserkreis. Schalten Sie eine Anzeige und stärken Sie dadurch zugleich den Liberalismus in Thüringen.

Pressestelle der FDP Thüringen | Telefon + 49 361 3455929 | Mail: kurth@fdp.de



„So kann's weitergehen!"

Partnerschaften der FDP-Kreisverbände

Eingeladen war der FDP-Kreisverband Sondershausen zum Kreisverband Osterode. Sehr gern nahm man die Einladung an, charterte drei Busse und fuhr mit 100 Parteifreunden, also nur einem kleinen Teil des Verbandes, nach Osterode. Am Ankunftsort war das Erstaunen groß. Nur 22 Mitglieder des anderen Kreisverbandes in den alten

Königswinter. Als vor 17 Jahren ein „Unterstützungs-Team“ aus Königswinter nach Königsee fuhr, war das zunächst noch sozusagen politische Aufbauhilfe Ost. Aus Wahlkampfhilfe wurde allerdings schnell ein freundschaftlicher Kontakt, der alle Irrungen und Wirrungen der fast zwei Jahrzehnte überstanden hat und sogar enger geworden ist.

nerung überreichte. Für Marian Koppe sind Partnerschaften zwischen FDP-Ortsverbänden in den alten und neuen Bundesländern „erfreulicherweise“ nichts Ungewöhnliches: „Aber dass eine solche Zusammenarbeit fast zwei Jahrzehnte anhält - Ende offen- und sich zur Freundschaft entwickelt, ist großartig.“

Ein ähnliches Bild bietet sich in Jena. Dort pflegen die Liberalen intensiven Kontakt zur FDP in ihrer Partnerstadt Erlangen. Am ersten Juni-Wochenende bot die Erlanger Bergkirchweih Anlass für einen Besuch in Franken. Fraktion und Vorstand der Erlanger FDP hatten die neunköpfige Delegation, darunter Kreischef Thomas Nitzsche oder der in Erlangen bestens bekannte Dr. Peter Röhlinger geladen. „Der liberale Kontakt lebt wieder auf“, resümierte Nitzsche. Denn die Besuche werden wieder regelmäßig stattfinden. Das soll auch für die Wahlkampfhilfe für die Großereignisse 2008 (für die Erlanger) und 2009 (für die Thüringer) gelten. „So kann's weitergehen!“ Nitzsches Worte können auch für andere Kreis- und Ortsverbände Ansporn sein, die alten – oder besser traditionellen – Kontakte wieder aufzufrischen.

Anja Hense



Das Kö-Kö-Team – seit bereits 17 Jahren besteht eine Verbandspartnerschaft zwischen Königsee und Königswinter.

Bundesländern erwarteten die Gäste. „Dabei war das, wie man uns sagte, ganz normal“, so Bernd Karnstedt. Das war kurz nach der Wende. Mittlerweile ist der Kontakt allerdings eingeschlafen. Das Tagesgeschäft überwiegt, die FDP im Kyffhäuserkreis konzentriert sich auf ihre Arbeit im Kreistag. „Dort muss das Schlimmste verhindert werden“, so Karnstedt, Kreis- und Fraktionschef der FDP am Kyffhäuser. Ähnlich ist es in Erfurt: Dort hat es stattdessen laut Herbert Rudovsky, Chef der Stadtratsfraktion nach der Wende, keinen direkten Patenverband gegeben. Stattdessen empfing die FDP in der Landeshauptstadt mehrere Kreisverbände aus den alten Bundesländern. „Eine längere Verbindung hat sich allerdings nie ergeben“, so Rudovsky rückblickend.

Anders das Kö-Kö-Team. Der FDP-Ortsverband Königsee pflegt seit der Wende regen Kontakt mit den Parteifreunden in

„Dass für einen Rheinländer alles, was mindestens zweimal stattfindet, Tradition wird, haben auch die Königseer schnell übernommen“, so Marian Koppe, Vorsitzender des Ortsverbandes Königsee.

Eine immerhin zwölfköpfige Delegation reiste Anfang Mai von der Saale an den Rhein. Vera Maurer, „Amtskollegin“ der Königswinterer, machte nicht viele Worte: „Wir freuen uns, dass ihr da seid.“ Selbst der Königswinterer Bürgermeister Peter Wirtz (CDU) ließ es sich nicht nehmen, die Besucher aus Thüringen persönlich zu begrüßen. Im Gepäck hatte er Krawatten für die Herren, Halstücher für die Damen – natürlich mit Königswinterer Stadtlogo. Die Thüringer Revanche: Ein überdimensionaler Frühstückskorb mit allerlei Leckereien für die Königswinterer Freunde, sowie ein Bildband von Königsee den Marian Koppe dem Bürgermeister der Stadt am Drachenfels als Erin-

IMPRESSUM - THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber ▶ FDP Thüringen · Pressestelle
Tschalkowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung ▶ Patrick Kurth

Redaktion ▶ Jost Hofmann (jih)
Patrick Kurth (pak)
Klaus-Dieter Landgraf (kdj)

Layout & Satz ▶ RAUM II Jahn & Ekelmann GbR
Ernst-Schneller-Straße 7
D-04107 Leipzig
Mobil +49 171 2142667
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.